

## **Helsinki-Erklärung**

### **der finnischen Gewerkschaften Metalli, TEK, UILry, TU, der IG Metall und des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes zu Nokias Unternehmenspolitik**

Innovation, Wissen und Qualität ebenso wie Wachstum, Beschäftigung und soziale Verantwortung sollten angesichts der Herausforderungen auf dem globalen Markt für Informations- und Kommunikationstechnologie die Leitlinien der Unternehmenspolitik sowohl Nokias als auch anderer Unternehmen darstellen. Die Antizipation des industriellen Wandels und seiner Folgen muss in einem beständigen Dialog zwischen der Unternehmensleitung und den Gewerkschafts- und Arbeitnehmervertretern erfolgen.

Werksschließungen, Massenentlassungen und die einseitige Ausrichtung am Shareholder Value werden nicht zum bleibenden Erfolg beitragen und Kostensenkung um jeden Preis wird das öffentliche Bild von Nokia beschädigen und seine innovative Produktions- und Technologiekapazität zerstören.

Die Gewerkschaften weisen Nokias Versuch, den Beschäftigten an verschiedenen Produktionsstandorten zu drohen und diese gegeneinander auszuspielen, zurück. Es ist inakzeptabel, dass Nokias Topmanagement Werksschließungen und Massenentlassungen ohne ausreichende vorherige Unterrichtung, Anhörung und Verhandlung ankündigt. Dass sich das Management von Nokia erlaubt, in dieser Art und Weise zu agieren, stellt offensichtlich einen Angriff auf die Grundregeln des Europäischen Sozialmodells dar.

Nokia muss die Grundregeln verantwortlicher Zusammenarbeit beachten, um das Unternehmen sozial verantwortlich und ökonomisch erfolgreich zu führen.

Die oben genannten finnischen Gewerkschaften, die IG Metall und der EMB sind gemeinsam mit allen Mitgliedsgewerkschaften des EMB und ihren Mitgliedern bei Nokia bereit, über eine Vereinbarung zu verhandeln, die die grundlegenden Interessen der Arbeitnehmer und das Erfordernis, die Wettbewerbsfähigkeit auf dem europäischen und globalen Markt zu erhalten, berücksichtigt.

Ohne verantwortungsvolles Unterrichts-, Anhörungs- und Verhandlungsverfahren wird es keine erfolgreiche Restrukturierung und keine Festigung der Wettbewerbsfähigkeit geben. Unsere Grundforderungen lauten deshalb:

- Faire Unterrichtung, Anhörung und Verhandlung eines Restrukturierungsrahmens auf europäischer Ebene, gefolgt von nationalen Vereinbarungen in Übereinstimmung mit den jeweiligen Institutionen und Traditionen
- Keine Verletzung von Tarifverträgen und die vollständige Ablehnung jeglicher Art von Sozial- und Steuerdumping
- Eine Zukunft für die Beschäftigten des Bochumer Nokia Werkes

Die EMB-Mitgliedsgewerkschaften, einschließlich der genannten finnischen Gewerkschaften und der IG Metall, verpflichten sich und sind bereit zu jeglicher Art grenzüberschreitender Aktivitäten mit Blick auf die Unterrichtung und Anhörung der Beschäftigten bezüglich des laufenden Restrukturierungsprozesses. Bei Vorbereitung dieser Aktionen wird selbstverständlich nationales Recht und nationale Praxis beachtet werden.

Restrukturierungsfälle wie in Bochum zeigen das dringende Erfordernis einer Revision der EU-Richtlinie zu Europäischen Betriebsräten. Es zeigt zudem das Erfordernis einer frühzeitigen Einbeziehung aller Interessenvertreter (Politik, staatliche Verwaltung und Gewerkschaften).

Der Bochumer Nokia-Fall ist ein weiteres Beispiel für multinationale Konzerne, die Arbeitnehmer und Gewerkschaften grenzüberschreitend gegeneinander auszuspielen. Aus europäischer Sicht gibt es nur eine Antwort der Metallgewerkschaften:

**grenzüberschreitende Einheit der Gewerkschaften und Arbeitnehmer.**

**Helsinki, 13.2.2008**

**Unterzeichnet:**

**Peter Scherrer, Generalsekretär  
Europäischer Metallgewerkschaftsbund**

**Heikki Kauppi, Generalsekretär  
The Finnish Association of Graduate Engineers TEK**

**Pertti Porokari, Vorsitzender  
Union of Professional Engineers in Finland UIL**

**Antti Rinne, Vorsitzender  
Union of Salaried Employees TU**

**Erkki Vuorenmaa, Vorsitzender  
Metalli Metalworkers' Union**

**Berthold Huber, Erster Vorsitzender  
IG Metall**

**Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender  
IG Metall**